

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

Ausgabe 2/2011

www.gpa-djp.at

**Arbeits-
marktöffnung**

Seite 12

**10 Jahre
Interessen-
gemeinschaften**

Seite 20

Reform des Schulsystems ab Seite 4

**Gute Bildung für
gleiche Chancen?**



Inhalt

Thema

- 04 Gute Bildung für gleiche Chancen
- 08 Schulen: Alte Pfade verlassen
- 10 Kommentar: Schulsystem reformieren

Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Arbeitsmarkttöffnung: Gleicher Lohn für gleiche Leistung
- 14 Frauentag: Wieder einen Schritt nach vorne
- 16 Ousmane Camara sucht Asyl

Arbeitswelt

- 19 Kurzmeldungen
- 20 10 Jahre Interessengemeinschaften in der GPA-djp
- 22 Finanzierungsnotstand in der Pflege

Service

- 23 Kurzmeldungen
- 24 Pensionen: Was ändert sich?
- 25 Rechtsinfo: Selbstkündigung
- 26 Eine neue Schule, gebaut von der WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebote
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Bücher, Offenlegung

4



© Nuriith Wagner-Strauss

Bildungsreform

16



© Nuriith Wagner-Strauss

Asylansuchen

20



© Nuriith Wagner-Strauss

Interessengemeinschaften

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer, martin.panholzer@gpa-djp.at, Chefin vom Dienst: Dr. Barbara Lavaud, barbara.lavaud@gpa-djp.at

Redaktion und Anzeigen: Renate Zaunscherb, renate.zaunscherb@gpa-djp.at

Artidirection und Layout: Kerstin Knüpfel Dipl. Designerin (FH)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudörfel

Coverfoto: Nuriith Wagner-Strauss

DVR-Nr. 0046655 ZVR-Nr. 576439352

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



Beste Bildung für alle

Bildung ist nicht nur sehr wichtig für jeden Einzelnen von uns, sie ist auch von zentraler Bedeutung für die gesamte Gesellschaft und für die Volkswirtschaft. Daher hat der ÖGB für 2011 das Thema Bildung zum Jahresschwerpunkt gewählt.

Unser Bildungssystem ist verbesserungsbedürftig, und zwar vom Kindergarten über das gesamte Schulwesen bis zu den Universitäten und Hochschulen. Wir haben uns in dieser Ausgabe der KOMPETENZ näher mit der Pflichtschulzeit und der politischen Debatte um die dringend notwendige Schulreform auseinandergesetzt.

Unser derzeitiges Bildungssystem wirkt hoch selektiv: Kinder von gebildeten Eltern gehen in die AHS, Kinder von wenig gebildeten Eltern in die Hauptschule. Das heißt, dass gute Bildung quasi vererbt wird, unabhängig von der Begabung und den Fähigkeiten eines Kindes. Da Bildung zugleich auch über den späteren beruflichen Werdegang und die Einkommenssituation entscheidet, ist das in höchstem Maße unfair für den Einzelnen, zugleich ist es auch für die Volkswirtschaft eine Ressourcenvergeudung, da Neigungen und Talente nicht ausgeschöpft werden. Daher ist es so überaus wichtig, dass die Entscheidung über den Bildungsweg eines

Kindes nicht bereits im Alter von zehn Jahren, sondern erst mit 14 oder 15 getroffen wird.

Darüber hinaus fordern wir für die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen natürlich auch eine Qualitätsverbesserung. Dazu braucht es eine Reform der Ausbildung der PädagogInnen. Alle LehrerInnen müssen an den Universitäten ausgebildet werden, nur dort können sie neben der pädagogischen Qualifikation auch das entsprechende fundierte Fachwissen vermittelt bekommen. Und die Schulen müssen endlich als Ganztagschulen geführt werden, in denen Lernzeit und Freizeit einander ergänzen, denn nur so können die Schüler entsprechend gefördert werden.

Das Bildungsvolksbegehren halte ich daher für eine gute Initiative, um in Österreich das Bewusstsein zu schaffen, dass bei der Bildung endlich die Zeit für Reformen gekommen ist.

Dwora Stein
Chefredakteurin

Gute Bildung für



gleiche Chancen?

Schulsystem. Immer noch werden in Österreich Kinder im Alter von zehn Jahren in verschiedene Schulen geschickt und damit für unterschiedliche Bildungswege und Karrieren vorgeprogrammiert – eine zu frühe und sozial unfaire Selektion.



Im Februar war in den Schulen für 10–14-Jährige Hochbetrieb: Einschreibung, Vorstellungsgespräche, Kampf um begehrte Plätze an Schulen mit gutem Ruf. Das Semesterzeugnis der 4. Volksschulklasse entscheidet, wer danach welche Schule besucht. Mit einem „Dreier“ in Deutsch oder Mathe geht sich der Platz am Gymnasium nicht aus. Das macht nicht nur enormen Notendruck in der Volksschule, sondern stellt auch die Weichen für den späteren Berufs- und Bildungsweg. Zu früh, darüber sind sich ExpertInnen einig.

„Die Entscheidung für eine Schulform sollte eigentlich von den Interessen und Fähigkeiten der Kinder abhängen – tatsächlich dreht sich aber alles um Schulleistungen und vor allem Bildungswünsche der Eltern“, stellt Thomas Kreiml von der Bildungsabteilung in der GPA-djp fest.

Ärztin oder Baumeister?

Fragt man Lina, elf Jahre, nach ihrem Berufswunsch, so antwortet sie ohne zu zögern und selbstbewusst: Ärztin. Lina geht in die erste Klasse Gymnasium, wird ab der dritten Klasse Latein lernen, und für ihre Eltern steht jetzt schon fest, dass Lina dort die Matura ablegen wird. Linas Mutter ist selbst Kinderärztin, ihr Vater Geschäftsführer einer Großhandelskette.

Max, neun Jahre, hat auch schon einige Ideen für seine Zukunft: am liebsten Baumeister – oder Gärtner. Vielleicht aber doch Jongleur oder Pianist, denn das macht auch Spaß. Ob er nach der Volksschule in die AHS oder KMS (Kooperative Mittelschule) oder Hauptschule kommt, interessiert ihn nicht so sehr, Hauptsache, er hat dort guten Werkunterricht und einen netten Musiklehrer. Entscheiden werden das wohl seine Eltern – und das Schulzeugnis.

Werden Lina und Max ihre Talente und Potenziale tatsächlich aus-

gefordert – sind hierzulande längst überfällig.

Soziale Selektion

Maßgeblich für den Bildungsweg der österreichischen Kinder sind immer noch der Bildungsgrad der Eltern und ihre finanziellen Ressourcen. Die Vorteile höherer Schulbildung liegen auf der Hand: Eine qualitativ gute Ausbildung bringt bessere Chancen am Arbeitsmarkt und bessere Gehaltsaussichten.

Statistiken zeigen, dass Eltern, die für ihre Kinder das Gymnasium als Bildungsweg wählen, fast ausschließlich die Matura ihrer Kinder als Bildungsziel anstreben; bei HauptschülerInnen ist dies nur rund die Hälfte der

Eltern. Dabei hängen die Bildungsziele der Eltern für ihre Kinder stark von ihrer eigenen Bildung ab („Statuserhalt“): „Wer selbst eine Matura absolviert hat, ist sich mehrheitlich der Bedeutung eines höheren Bildungsabschlusses bewusst und strebt die Matura oder einen akademischen Abschluss auch für seine Kinder an“, weiß Kreiml. Kinder, deren Eltern jedoch einen niedrigeren Abschluss als die Matura haben, werden bei weitem seltener für dieses Bildungsziel vorgesehen.

Ganz entscheidend ist aber auch die ökonomische Situation der Familien: Kinder von Besserverdienern besuchen tendenziell höhere Schulen, Kinder, deren Eltern niedrigere Einkommen beziehen, Hauptschulen. Kreiml sieht hier eine eklatante Schwachstelle des Systems: „Ein Bildungssystem, das sich bestmögliche Bildung für die gesamte Bevölkerung und die individuelle Förderung von Fähigkeiten als Ziel setzt, darf sich nicht auf die Unterstützungsleistungen der Eltern, ihre finanziellen Möglichkeiten und ihre

Bestmögliche Bildung für alle muss SchülerInnen unabhängig von ihrer Herkunft in den Mittelpunkt stellen!

schöpfen können? Und was ist mit den Kindern, die in der Volksschule noch davon träumen, Feuerwehrmann, SchauspielerIn oder Rockstar zu werden?

Reformen überfällig

Während viele andere Länder ihr Schulsystem längst reformiert haben, wird die frühe Aufteilung der SchülerInnen in Hauptschulen oder Gymnasien (AHS) hierzulande weiterhin aufrechterhalten.

Mit allen bekannten Konsequenzen: „Das österreichische Bildungssystem selektiert aufgrund sozialer Kriterien und lässt Potenziale, Talente und Begabungen liegen“, kritisiert Bildungsexperte Kreiml. Seit den 1960er-Jahren weisen Studienergebnisse darauf hin, dass Entscheidungen über den Bildungsweg weniger von den Begabungen der Kinder als vielmehr von Rahmenbedingungen und Überlegungen der Eltern und LehrerInnen abhängen. Grundlegende Reformen – ebenfalls seit den 1960er-Jahren

Video

Das Video der GPA-djp zur Bildungsreform finden Sie auf der Homepage www.gpa-djp.at oder Sie folgen dem Code

Mobile Tagging:
Scannen Sie
diesen QR-Code
mit Ihrem Smartphone.





© Nurih Wagner-Strauss

Ansichten über den Wert von Bildung verlassen.“

Schulpraxis ändern

Was bedeutet das konkret für Lina und Max? „In der Schulpraxis sollten die Kinder verstärkt individuell gefördert werden, entsprechend ihren Stärken und Schwächen“, fordert Kreiml. „Die Qualität darf dabei keine Frage des Schultyps, sondern muss eine der pädagogischen Prinzipien und der Ressourcenausstattung sein.“ In einer Schule, die Talente fördert und sich um das Weiterkommen aller bemüht, entdeckt Lina vielleicht noch ihren grünen Daumen und wird glückliche Gartenarchitektin, während Max die Möglichkeit bekommt, Musikpädagogik zu studieren.

„Unsere zentrale Forderung ist natürlich die nach einer gemeinsamen Schule für alle SchülerInnen bis zum Ende der Schulpflicht. Beispielgebend dafür ist die Neue Mit-

telschule, die jedoch nicht als neue Hauptschule enden darf“, betont Kreiml. Im städtischen Bereich werden vielfältige Erfahrungen seit Jahren auch an den KMS gesammelt. „Die gemeinsame Schule sollte als qualitativ hochwertige Ganztagschule geführt werden, wo Lernen, Freizeit und Üben in Form von Lernhilfe und Förderangeboten über den ganzen Tag verteilt abwechselnd stattfinden.“

Für die Verwirklichung braucht es darüber hinaus noch eine Reihe unterstützender Maßnahmen wie die Verbesserung der Ausbildung der Pädagogen/-innen (LehrerInnen und FreizeitbetreuerInnen), deutlich mehr Schulpsychologen/-innen und SchulsozialarbeiterInnen als zurzeit im Einsatz sind, und die entsprechenden infrastrukturellen Maßnahmen zur Schaffung zeitgemäß gestalteter Schulen (Lernräume, Arbeitsplätze für Pädagogen/-innen, Kantine, Kreativ- und Sporträume etc.).

ÖGB Bildungsschwerpunkt

PISA und andere Studien haben ans Tageslicht gebracht, dass Reformen im Bildungssystem überfällig sind.

Die aktuelle Diskussion geht dem ÖGB und den Gewerkschaften aber nicht weit genug. Im Jahr 2011 ist daher im ÖGB die Bildung der Schwerpunkt!



Alfred Dallinger Symposium

Das 4. Internationale Alfred Dallinger Symposium am 4. und 5. April wird sich mit dem Thema Schulreform beschäftigen. Unter dem Motto „Frischer Wind ins Klassenzimmer! Wie Reformprojekte in Europa gelingen“ laden GPA-djp, AK, ÖGB, die PH Wien und der Wiener Stadtschulrat zu Vorträgen und Workshops. Info unter: www.alfred-dallinger-symposium.at

Zu teuer? „Wenn wir bedenken, wie viel Geld derzeit ausgegeben wird, um die Missstände des aktuellen Systems aufzufangen – von öffentlichen Bildungsmaßnahmen für niedrig qualifizierte Schulabbrecher bis hin zu privaten Nachhilfestunden – so scheint mir das eine gute und sichere Investition zu sein“, verspricht Kreiml.

Denn Bildung erhöht nicht nur individuell die Chancen in der Arbeitswelt, sie schafft auch, als wesentliche Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe, die Grundlage für unsere demokratische Gesellschaftsform. ■

Barbara Lavaud



Josef Reichmayr, Direktor der ILB, mit Schülerinnen und Schülern.

Alte Pfade verlassen

Innovation. Schule kann auch anders funktionieren.

Josef Reichmayr, Direktor der Integrativen Lernwerkstatt Brigittenau in Wien, über Möglichkeiten, erstarnte Strukturen aufzubrechen.

KOMPETENZ: Wie stehen Sie zum aktuellen Bildungsvolksbegehren?

Reichmayr: Ich halte das Volksbegehren für eine spannende Initiative, um ein im Grunde seit dem Jahr 1962 in Beton gegossenes System in unserem Land zu dynamisieren. Das Volksbegehren hat bessere Voraussetzungen als viele Initiativen, die sich in der Vergangenheit bemüht haben, gegen verfestigte Strukturen im Bildungsbereich anzukämpfen. Zum Inhaltlichen: Die aktuelle Parole nach einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen wurde durch eine reizwortarme, aber inhaltlich wesentlich weiter reichende Formulierung

ersetzt, die ich aber voll in Ordnung finde. Es wird ein Bildungssystem gefordert, in dem Kinder erst am Ende der Pflichtschulzeit auseinandersortiert werden und dann erst unterschiedliche Wege gehen. Und es wurde dem Text des Volksbegehrens auch noch der Begriff „inklusiv“ beigefügt – ein inklusives System, das niemanden vorzeitig ausschließt. Dieses Prinzip versuchen wir auch an unserer Schule vorzuleben. Ich unterstütze das Volksbegehren als Staatsbürger, weil ich es als Beitrag zu einer höchst überfälligen Entwicklung des Schulsystems in eine gegenwartstaugliche und zukunftsorientierte Richtung betrachte.

KOMPETENZ: Was funktioniert an der ILB anders?

Reichmayr: Das betrifft mehrere Ebenen. Der Generalaspekt ist, dass kein Kind – aus welchen Gründen auch immer – ausgeschlossen bleibt, sondern ins System integriert wird. Wir versuchen, das Recht auf Integration vorzuleben und zu verwirklichen. Wir freuen uns, solche Kinder aufzunehmen, und sehen es als besondere Herausforderung. Wir fördern das gemeinsame, heterogene Lernen, indem wir die Jahrgangsklassen aufgelöst haben, und vor knapp drei Jahren hat sich eine weitere Möglichkeit aufgetan. Auf Drängen des Eltern-

vereinsobmanns haben wir einen Schulversuch gestartet und unseren Ansatz auch in die Mittelstufe hinein – also zwischen 10 und 15 – ausgedehnt. Es geht ja darum, die große Schnittstelle nach vier Jahren aufzulösen, und wir sollten nicht von der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen reden, sondern von der gemeinsamen Schule der 6- bis 15-Jährigen. Das funktioniert hier bei uns gemeinsam mit dem Integrationsansatz und dem Prinzip der Altersdurchmischung in allen Klassen.

KOMPETENZ: Wie erklären Sie den nach wie vor starken Widerstand, obwohl sehr viel für Veränderungen in diese Richtung spricht?

Reichmayr: Die zögerliche Politik der großen Parteien spiegelt eine weitverbreitete Skepsis vor Verän-

Josef Reichmayr: „Die neue Schule wäre ein Paradigmenwechsel.“



© Nuriith Wagner-Strauss

derungen in der Gesellschaft wider. Die neue Schule wäre ein Paradigmenwechsel – man müsste dann aus einer vorhandenen Gruppe von SchülerInnen das Beste herausheben. Und man müsste sich von einem Denken lösen, das darauf aufbaut, dass eine Gruppe etwas Besonderes darstellt, wo es nicht vorgesehen ist, dass sich ein System an besondere Bedürfnisse von Schülern anpasst. Jetzt müssen sich die Kinder anpassen, und die es nicht schaffen, „fluten zurück“ in die Hauptschulen,

Wir versuchen, das Recht auf Integration vorzuleben, sodass kein Kind ausgeschlossen bleibt.

die sie nehmen müssen, und alle schauen zu bei dieser fatalen Entwicklung. Gerade im städtischen Bereich ist das „besondere“ Image der Gymnasien noch stark ausgeprägt. Das positiv aufzubrechen heißt mehr, als einen politischen Kompromiss zwischen ÖVP und SPÖ herzustellen – es muss in den Köpfen der Menschen diese Veränderung stattfinden.

KOMPETENZ: Sehen Sie Anzeichen, dass Modelle wie das der ILB Nachahmung finden?

Reichmayr: Natürlich dachten wir 1998, dass sich das herumspricht, was wir hier machen. Man muss auch sehen, dass es in vielen Schulen im Kleinen Ansätze in diese Richtung gibt. Wir hatten das Glück, das als ganze Schule versuchen zu können. So etwas funktioniert auch nicht auf Knopfdruck oder per Verordnung. Es geht darum, für solche Projekte förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen und dann immer mehr Kräfte zu bündeln, die mitmachen, und zwar im ganzen Land. So ist es ja absolut span-

Volksbegehren für eine Bildungsreform

Das Volksbegehren Bildungsinitiative „Österreich darf nicht sitzen bleiben“ können Sie unterstützen. Mit Ihrer Unterschrift erzeugen Sie Druck für eine Bildungsreform. Mehr dazu auf: www.nichtsitzenbleiben.at

nend, mit verschiedenen LehrerInnentypen, Volksschul-, Hauptschul-, Sonderschul- und GymnasiallehrerInnen – in einer gemeinsamen Struktur zu arbeiten. Das ist für alle Beteiligten sehr bereichernd.

KOMPETENZ: Dann wäre es also die Lösung, die Hauptschulen einfach abzuschaffen?

Reichmayr: Ich will nicht abschaffen oder zusperren sagen, sondern im positiven Sinn auflösen und ein völlig neues System schaffen – es geht um das Verlassen alter Trampelpfade. Es kann ja für ein Gymnasium durchaus spannend sein, einen Elementarbereich dazuzuerhalten, sich nach „unten“ zu öffnen. Ich sehe da unseren Ansatz schon als einen politischen Auftrag. Die Nagelprobe ist ja, ob Kinder mit schlechteren Grundvoraussetzungen, etwa sprachlich, körperlich oder sozial, in solchen Systemen mehr profitieren als im derzeitigen Regelsystem. Da wäre es reizvoll, einmal eine professionell angelegte wissenschaftliche Studie durchzuführen – ich hab’ das auch schon bei PolitikerInnen angeregt.

*Das Interview führten
Martin Panholzer und
Barbara Lavaud.*



Foto: Nurih Wagner-Strauss

GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian

Reformieren wir das Schulsystem – jetzt!

Bildungskrise. Seit Jahrzehnten wird eine grundlegende Reform des österreichischen Schulwesens blockiert – höchste Zeit, endlich Neues zu wagen.

Jedes Jahr wieder nach dem PISA-Test schlagen Eltern, PädagogInnen und PolitikerInnen dieser Republik die Hände zusammen und fordern Konsequenzen. Auch die Wirtschaft jammert in regelmäßigen Abständen über das schlechte Niveau der SchulabgängerInnen bzw. der Lehrlinge. Ganz so, als ob es die Schuld der Kinder und Jugendlichen wäre, dass ihre Schulbildung zu wünschen übrig lässt. Regelmäßig melden sich dann auch Stimmen zu Wort, die fordern, dass doch die Mütter nachmittags mit den Kindern wieder die Hausübungen machen sollten; oder dass es an den LehrerInnen liegt, die nicht länger arbeiten wollen und ja überhaupt zu viele Ferien hätten. Die Debatte über das Schulwesen ist festgefahren in Gezänk und Schuldzuweisungen.

Dabei mangelt es nicht an Ideen und Konzepten für Reformen, große Reformen sogar – denn hier braucht es nun deutlich mehr als ein paar Nachbesserungen. Seit Jahrzehn-

ten werden in diversen Schulversuchen neue Modelle erprobt, doch niemand traute sich bisher, nun endlich das Alte auszumustern und einen echten Neubeginn zu wagen.

Obwohl Österreich im Vergleich mit anderen europäischen Ländern durchaus nicht wenig Geld in sein Schulwesen investiert, sind alle

heutigen Gesellschaft ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen: die beste Bildung für alle zu ermöglichen, egal welcher Herkunft. Konkret heißt das: Es darf weder vom Einkommen der Eltern abhängen, welchen Bildungsweg ein Kind einschlägt und welche Schule es abschließt, noch von deren eigener Bildung oder ihrer Muttersprache.

Wo sollen wir hier und jetzt besser investieren als in die Zukunft unserer Kinder?

Beteiligten mit dem Ergebnis unzufrieden, und Österreich schneidet bei internationalen Vergleichen immer schlechter ab. Das teure System ist nicht effizient, die Jugendlichen können mit 14, 15 Jahren zum Teil nicht mal sinnerfassend lesen.

Sehen wir der Wahrheit ins Gesicht: Die alten Schulmodelle, die da sind die Hauptschule für die einen, das Gymnasium für die anderen, haben ausgedient. Sie können in unserer

Anstatt die alten erfolgreichen Schulmodelle weiterzuführen, sollten wir endlich in zeitgemäße und kindgerechte Schulformen investieren – und auch in zeitgemäße Ausbildungen für Pädagogen/-innen und moderne Schulgebäude! –, das wäre die einzig richtige Entscheidung. Und auch wenn wir für die großen Reformen zusätzliche Gelder in die Hand nehmen müssen, weil die Investitionen in der ersten Zeit das derzeitige Schulbudget überschreiten, so wäre das gerechtfertigt. Denn was wäre lohnenswerter, wo sollen wir hier und jetzt besser investieren, als in die Zukunft unserer Kinder? ■

Pausen und Pausenräume

Aktionswoche der GPA-djp zu Arbeitspausen im April.

Die nächste Aktionswoche der GPA-djp von 4.–8. April wird sich mit Pausen und speziell mit Pausenräumen befassen. Wo treffen Sie Ihre KollegInnen für die Kaffeepause oder einen Imbiss? Wo kann man zwischendurch kurz einmal abschalten? Hat Ihr Arbeitgeber dafür eigens konzipierte und wohnlich eingerichtete Räume zum Relaxen geschaffen oder drängen sich alle in die winzige Teeküche oder, schlimmer noch, ins Raucherzimmer?

Regelmäßige Arbeitspausen sind keineswegs ein Luxus, sondern Ihr gutes Recht. Wer länger als sechs



Stunden arbeitet, hat Anspruch auf eine halbe Stunde Pause, die auch aufgeteilt in 2 x 15 Minuten oder 3 x 10 Minuten genossen werden kann. Wer am Computer arbeitet, sollte öfter mal „Bildschirmpause“ machen.

Pausen erhöhen die Konzentration, sind für die Gesundheit wichtig, reduzieren Fehler und verhindern Unfälle. Daher steht die GPA-djp-Aktionswoche unter dem Motto: „Eine Pause tut allen gut!“

Mehr Infos im Internet unter:
www.gpa-djp.at/pause

Wiener Rotes Kreuz: Einigung nach Streikdrohung

Nach langen Verhandlungen war die gemeinsame Streikdrohung ausschlaggebend für den Abschluss der KV-Verhandlungen. „Nur durch die gute Vernetzung und das geschlossene Vorgehen der BetriebsrätInnen und Beschäftigten konnte dieses Ergebnis erzielt werden“, betont KV-Verhandlerin Eva Scherz von der GPA-djp. Das Ergebnis: Die Löhne und Gehälter der Beschäftigten aller Wiener Rettungs- und Krankentransportorganisationen werden um 1,9 Prozent angehoben.

Der Kollektivvertrag des Österreichischen Roten Kreuzes (ÖRK) wurde gesetzt, damit gilt er seit Jahresbeginn 2011 für alle Wiener Rettungs- und Krankentransportdienste, also auch für den Arbeitersamariterbund, das Grüne Kreuz und den Sozialmedizinischen Dienst.

„Ja“ zur Finanztransaktionssteuer



„Eine längst überfällige Entscheidung wurde endlich getroffen!“ begrüßte der Vorsitzende der GPA-djp, Wolfgang Katzian, das „Ja“ im Europaparlament am 8. März zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Um den Finanzsektor endlich in die Verantwortung zu nehmen, ist die Finanztransaktionssteuer ein wirkungsvolles Instrument: „Nur mit einer Finanztransaktionssteuer können die Kosten der Krise und die nationalen Budgets ins Lot gebracht werden. Damit können drohende weitere Einsparungen bei Bildung, Gesundheit, Sozialem auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen vermieden werden“, betonte Katzian.

Der Druck und das Engagement der Bevölkerung haben offensichtlich ihren Teil dazu beigetragen, dass sich die Mitglieder im Europäischen Parlament ihrer Verantwortung bewusst wurden: Mehr als eine halbe Million Menschen hat sich europaweit für diese Steuer eingesetzt und eine Petition an die EU-Abgeordneten unterzeichnet! Als nächstes muss nun die Kommission einen entsprechenden Gesetzesvorschlag unterbreiten.



Eine klare Rechtslage und effiziente Kontrollen sind der Kern zur Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping (Symbolbild).

Gleicher Lohn für gleiche Leistung

EU-Erweiterung. Der heimische Arbeitsmarkt öffnet sich für Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa. Die Einhaltung der rechtlichen Arbeitsbedingungen ist die Voraussetzung für eine faire Arbeitsmarktsituation.

Ab 1. Mai steht allen StaatsbürgerInnen aus den 2004 zur EU beigetretenen Staaten die volle ArbeitnehmerInnen-freizügigkeit zu. Die bisherigen Übergangsfristen zum Schutz vor Billiglohnkräften aus dem Osten laufen aus. Das bedeutet, dass sich der österreichische Arbeitsmarkt für Menschen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas öffnen wird. Arbeitskräfte aus Slowenien, Ungarn, der Slowakei, der Tschechischen Republik, aus Polen, Estland, Lettland und Litauen haben dann ungehinderten Zugang zu Jobangeboten heimischer Unternehmen.

Wer wird kommen?

Die tatsächliche Anzahl der zusätzlichen Arbeitskräfte ist schwer vorherzusagen. ExpertInnen gehen davon aus, dass der Großteil derer, die in Österreich arbeiten wollen, bereits jetzt auf legale Weise hier beschäftigt ist.

Schätzungen der Arbeiterkammer Wien belaufen sich auf rund 15.000 bis 20.000 zusätzliche Personen in den nächsten Jahren. Vor allem Tourismus und Bauwirtschaft werden betroffen sein.

„Kurzfristig wird sich vor allem die Zahl jener Menschen erhöhen, die tagtäglich im Grenzraum pendeln“, erklärt der Internationale Sekretär der GPA-djp, Wolfgang Greif. Er rechnet damit, dass vor allem die sogenannte „Arbeitskräfteüberlassung“ in den ersten Monaten nach

Das neue Gesetz garantiert, dass sich alle Unternehmen an die Kollektivverträge halten müssen.

der Öffnung des Arbeitsmarktes merklich zunehmen wird – dabei stellen ausländische Firmen österreichischen Unternehmen Beschäftigte zur Verfügung. Auch hier gilt:

Eine klare Rechtslage und effiziente Kontrollen sind wesentlich zur Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping.

Wird nun der heimische Arbeitsmarkt von Billiglohnkräften aus den ehemaligen Ostblockstaaten überrannt werden? „Nein!“, beruhigt Greif. „Denn Österreich hat in den vergangenen Jahren, trotz der geltenden Übergangsfristen, seinen Arbeitsmarkt bereits schrittweise geöffnet. Sonderregelungen haben bewirkt, dass Österreich (in

Relation zur Wohnbevölkerung) mit Irland, Großbritannien und Luxemburg die meisten BürgerInnen aus den neuen EU-12-Staaten zu seinem Arbeitsmarkt zugelassen hat und im

europäischen Vergleich bereits heute die zweithöchste Anzahl an hier lebenden Personen aus den neuen Mitgliedsstaaten hat“, erläutert Greif.

Werden nun ÖsterreicherInnen arbeitslos?

Tendenziell müssen vor allem ArbeitnehmerInnen mit geringer Ausbildung und niedrigem Einkommen mit einer kurzfristig verschärften Arbeitsmarktsituation rechnen – das freilich regional in unterschiedlichem Ausmaß. Fachkräfte aus unseren unmittelbaren Nachbarstaaten sind zum großen Teil schon in Ländern untergekommen, die gleich die Arbeitsmarktgrenzen geöffnet hatten. Die wesentlichste Rolle spielten hierbei Großbritannien und Irland.

Für jene Berufe, die in Österreich stark nachgefragt werden, besteht auch in unseren Nachbarländern ein großer Bedarf: das gilt für Pflegekräfte ebenso wie für unqualifizierte ArbeitnehmerInnen. Auch die Automobilindustrie und ihre zahlreichen Zulieferer suchen für ihre osteuropäischen Standorte lokale Arbeitskräfte. Das heißt, der Hauptteil der Zuwanderung könnte sich im Bereich der niedrig qualifizierten Arbeitskräfte abspielen, was zu einem gewissen Druck im Niedriglohnbereich führen könnte.

Gibt es keinen geschützten Arbeitsmarkt mehr?

Nach EU-Recht müssen alle EU-BürgerInnen im Rahmen der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit den gleichen und freien Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Eine zeitlich auf sieben Jahre begrenzte Einschränkung dieses Grundrechts wurde im Zuge der großen Erweiterungsrunde 2004 auf EU-Ebene vertraglich fixiert. Österreich hat neben Deutschland als einziger EU-Staat die volle Übergangsfrist ausgenutzt. Nach dem Ablauf der Übergangsfristen gelten Beschränkungen der Ausländerbeschäftigung beim Zugang zum heimischen Arbeitsmarkt dann lediglich für Drittstaatsangehörige, also

Personen, die keine Staatsbürger eines EU-Landes sind. Für Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien bestehen die Übergangsfristen am Arbeitsmarkt noch bis Ende 2013.

Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping

Um auf die Öffnung des Arbeitsmarktes gegenüber den neuen Mitgliedsländern gut vorbereitet zu sein, wurde auf Drängen der Gewerkschaften auf Sozialpartnerbene das sogenannte Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz ausgearbeitet, das noch zeitgerecht vor der vollen Arbeitsmarköffnung verabschiedet werden soll.

„Dadurch ist sichergestellt, dass gleicher Lohn für gleiche Leistung bezahlt wird – und zwar für alle ArbeitnehmerInnen, unabhängig von ihrer Herkunft“, betont GPA-djp Vorsitzender Wolfgang Katzian. „Dieses Gesetz ist in Europa einzigartig und garantiert, dass sich alle in Österreich tätigen Unternehmen an die Kollektivverträge halten müssen“, zeigt sich Katzian zufrieden. Durch das Gesetz sind die ArbeitnehmerInnen, egal ob aus Österreich oder aus dem Ausland, vor Unterentlohnung und Ausbeutung geschützt, und die seriösen Betriebe vor wettbewerbsverzerrender Billigkonkurrenz. Bei Verstößen drohen Strafen bis zu 50.000 Euro.

Wer wird kontrollieren bzw. strafen?

Bei der Wiener Gebietskrankenkasse wird ein Dienstleistungszentrum eingerichtet. Die Beschäftigten werden kontrollieren, ob der nach Gesetz, Verordnung oder Kollektivvertrag zustehende Grundlohn bezahlt wird. Auch die KIAB (Kontrolle für illegale Ausländerbeschäftigung) soll kontrollieren. ■

Andrea Rogy

Broschüre

Mehr Infos finden Sie in der Broschüre:

„Argumentarium: Arbeitsmarköffnung Mai 2011 – Leitfaden für Betriebsräte“

Bestellen: service@gpa-djp.at



Internationale Arbeitswelt

„In meinem Betrieb, der zum Konzern der Fiat Industrial Spa gehört, ist die internationale Arbeitnehmerwelt,



insbesondere im Angestelltenbereich, fast schon Normalität. Für mich ist es wichtig, dass die aus den Erweiterungsländern kommenden KollegInnen die gleichen Arbeits- und Sozialrechte haben wie heimische ArbeitnehmerInnen.

Ich würde es begrüßen, wenn die Gewerkschaften mit Ende der Übergangsfrist Informationskampagnen für die neuen Arbeitskräfte starten und auch das Serviceangebot in diese Richtung verstärkt würde. Denn der besten Wächter gegen Sozialdumping sind die arbeitenden Menschen selbst, weil sie Verschlechterungen auch selber spüren und erkennen. Es wird die Aufgabe der BetriebsrätInnen sein, da besonders hinzu schauen.“

Alois Schlager
Betriebsratsvorsitzender (Ang.),
CNH Österreich GmbH



Frauen-Demo in Wien am Ring in der Zeit der 1. Republik.

Wieder einen Schritt nach vorne

Internationaler Frauentag. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – diese Forderung ist heute so aktuell wie vor 50 Jahren. In anderen Bereichen konnten über die Jahrzehnte allerdings große Verbesserungen für Arbeitnehmerinnen erreicht werden.

Seit 1948 kämpfen die GPA-Frauen für bessere Arbeitsbedingungen von Frauen. 44 Prozent der heute rund 269.000 GPA-djp-Mitglieder sind weiblich. „Und das Verhältnis verschiebt sich immer mehr. Bald werden wir die 50-Prozent-Marke erreicht haben“, sagt Barbara Marx, seit diesem März neue Frauensekretärin der GPA-djp. Die Luft in den Führungsetagen ist für Frauen trotzdem noch immer dünn.

Historische Anfänge

Schon vor dem Ersten Weltkrieg gab es in der damaligen Gewerkschaft der kaufmännischen Angestellten eine Frauensektion. Geleitet wurde sie von Therese Schlesinger. Um die

Jahrhundertwende war die Zahl der weiblichen Angestellten im Handel und in Büros rasant angestiegen, die Arbeitsbedingungen dabei hart: keine geregelte Arbeitszeit, kein freier Sonntag, kein Urlaub.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es für Frauen schwer, überhaupt einen Arbeitsplatz zu ergattern. Während der NS-Zeit waren ihnen auch ohne Qualifikation Angestelltentätigkeiten auf Basis einer Dienstverpflichtung zugeteilt worden. Nach Kriegsende waren Arbeitsplätze plötzlich rar: Vieles war zerstört, es mangelte an Rohmaterialien und Energie. Die Jobs, die es gab, wurden von den aus dem Krieg zurückgekehrten Männern ausgeübt. Wurden neue Kräfte eingestellt, mussten sie auch

qualifiziert sein. Frauen brauchten Schulungen oder Umschulungen.

Frauenreferat in der GPA

Hier engagierte sich das 1948 geschaffene Frauenreferat, das sich in den folgenden Jahren organisierte und 1954 sein erstes Arbeitsprogramm vorlegte. Es war die erste GPA-Bundesfrauenvorsitzende Valerie Kittel, die sich mit ihren Mitstreiterinnen dem Kampf für die 40-Stundenwoche verschrieb, die für ein Mutterschutzgesetz eintrat und für die Sicherung des freien Samstagnachmittags für das Verkaufspersonal.

Die Agenden wurden immer umfangreicher. 1955 wurde Maria

Metzker als erste Frauensekretärin eingesetzt. In den Sechzigerjahren wurde die Büroarbeit zunehmend durch Maschinen verändert. Daraus ergaben sich neue Problemstellungen: Frauen mussten auf die Geräte, etwa Lochkartensysteme zur Datenerfassung, eingeschult werden. Die Arbeit an den Maschinen wiederum führte zu Erkrankungen, denen es vorzubeugen galt.

Aufbrechen der Geschlechterrollen

Erst in den Siebzigerjahren ging es um das Aufbrechen der traditionellen Geschlechterrollen. Nach und nach wurden Diskriminierungen für Frauen in der Arbeitswelt the-

Jede neue Frauengeneration muss wieder einen Schritt nach vorne machen.

matisiert. Im Vordergrund standen nicht mehr Sonderregelungen für Frauen (außer im Zusammenhang mit dem Mutterschutz), sondern Chancengleichheit. Vorreiterin war hier Lore Hostasch. Die spätere Sozialministerin führte die GPA-Frauen ab 1974 an.

Das Recht auf Arbeit, gleiche Bildungschancen, Beseitigung von Ungleichbehandlung in den Kollektivverträgen prägten die späten Siebzigerjahre. 1978 begann die Sektion Industrie der GPA die Gehaltsstatistik getrennt nach Männern und Frauen auszuwerten. Anfang der Achtzigerjahre nahmen die GPA-Frauen Stellenanzeigen genauer unter die Lupe – und setzten sich in der Folge für geschlechtsneutrale Postenausschreibungen ein. Hostasch kämpfte zudem für das Hinführen von Mädchen zu technischen Berufen und gegen geschlechtsspezifische Schulen und Lehrpläne.

Meilensteine

In den Neunzigerjahren übernahm Christine Maier den Vorsitz. Gleiche Chancen waren weiterhin ein Thema, aber auch die Gleichbehandlung. Die Väterkarenz hielt in Österreich Einzug. Sexuelle Belästigung rückte ins Visier der Öffentlichkeit. Die Pensionsreform brachte Erleichterungen für Frauen, da Kindererziehungszeiten seitdem besser angerechnet werden.

Als jüngste Errungenschaft, der gewerkschaftliche Bemühungen, vor allem von der damaligen Frauenvorsitzenden Erika Helscher, vorausgingen, nennt Marx den Mehrarbeitszuschlag. Seit 2008 wird auch Teilzeitkräften, die Mehrarbeit über die vereinbarte Stundenzahl hinaus leisten, diese Mehrarbeit mit einem Zuschlag abgegolten. „Der Mindestlohn von 1.300 Euro im Handel, der 2010 erreicht wurde, ist ein weiterer Meilenstein für die Frauen“, sagt die derzeitige Bundesfrauenvorsitzende Ilse Fetik.

Aktuell arbeitet die GPA-djp an einem Kollektivvertrags-Screening-Projekt. Damit sollen Ungleichbehandlungen restlos ausgeräumt werden. Denn, auch nach jahrzehntelangem Kampf, es gibt sie immer noch, die versteckten Diskriminierungen. „Das ist ein laufender Prozess, ein ‚work in progress‘. Seit der Zeit Schlesingers hat sich sicher viel verändert“, betont Marx. Und sieht noch viel Arbeit auf die GPA-djp-Frauen zukommen: „Der Kampf um gleiche Rechte muss weitergehen. Jede neue Frauengeneration muss wieder einen Schritt nach vorne machen.“

Alexia Weiss

Kämpferinnen für Frauenrechte

In der GPA, inzwischen mit der DJP zu einer gemeinsamen Gewerkschaft zusammengeschlossen, wurde 1948 ein Frauenreferat eingerichtet. Erste Vorsitzende war Valerie Kittel, heute übt dieses Amt Ilse Fetik aus. 1955 wurde erstmals eine Frauensekretärin bestellt: Maria Metzker. Seit diesem März neu in dieser Funktion ist Barbara Marx.

GPA-Bundesfrauenvorsitzende:

1948	Valerie Kittel
1960	Johanna Kittl
1974	Lore Hostasch
1989	Christine Maier
2002	Erika Helscher
2008	Ilse Fetik



Valerie Kittel

GPA-Frauensekretärinnen:

1955	Maria Metzker
1971	Helga Stubianek
1980	Renate Csörgits
1999	Sandra Frauenberger
2007	Barbara Teiber
2008	Kirstin Essenthier-Höchstatter
2011	Barbara Marx



Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien



Ex-Studentenaktivist Ousmane Camara in seinem Zimmer in Wien.

„Du hast nur Zeit, deinen Kopf zu retten“

Asyl. Ex-Studentenaktivist Ousmane Camara ist zwei Mal vor der Militärdiktatur im westafrikanischen Guinea geflohen. Die Schubhaft in Österreich war für ihn eine moralische Demütigung. Er hofft, hier Asyl zu bekommen.

Merci.“ Ousmane Camara bedankt sich, die rechte Hand am Herz. In einer finsternen Hinterhofwohnung bewohnt er im Moment ein Zimmer gratis. Bilder und Devotionalien der Heimat schmücken den mit allerlei Trödel ausgestatteten Raum. Anfangs etwas schüchtern, spricht Ousmane Camara mit leiser Stimme. Er gehört der Bildungsschicht seines Landes an, drückt sich höflich aus – nur wenn es um Guineas Machthaber geht, erwacht in ihm der Widerstandskämpfer und er gerät in Rage.

Studentenaktivist

Mit nicht einmal zehn Euro, umgerechnet 60.000 Guinea-Francs, an

staatlichem Stipendium hätten die StudentInnen das monatliche Auslangen finden müssen. Für Wohnen, Essen und Studieren. Zum Überleben seien aber monatlich 300.000 Guinea-Francs notwendig. Der Internetzugang war beschränkt auf 30 Minuten pro Woche. „Wir haben eine bessere Ausstattung der Uni verlangt. Ich habe Zivilingenieurwesen studiert. Wir brauchten neue Labors und zusätzliche Hörsäle“, erzählt der ehemalige Studentenaktivist. 2003 hatte Ousmane Camara sein Studium in der Hauptstadt Conakry begonnen. Im Jahr darauf wurde er Sprecher der Studierenden-gewerkschaft SEUC, des „Syndicat des étudiants de l’université de Conakry“. Die damaligen Studierendenvertreter seien korrupt gewe-

sen. „Nichts bewegte sich“, so Ousmane. Das Regime reagierte auf das Aufbegehren an den Universitäten mit brutalsten Repressionen und Verhaftungen. Auf die Demonstrationen, Streiks, General- und Hungerstreiks sowie Volksaufstände im Land folgten Festnahmen, Miss-handlungen, Massenvergewaltigungen.

Armut und Unfreiheit

Schon während der ersten Republik (1958–1984), nach der Unabhängigkeit von Frankreich, habe das Militär 50.000 Regimegegner getötet. Die Bevölkerung lebte in immer prekäreren Verhältnissen. Heute leben laut Schätzungen bis zu 80 Prozent in Armut. Dem steht Guineas Reich-

tum an Bodenschätzen gegenüber: Es ist der größte Exporteur von Bauxit und verfügt über Gold-, Diamanten- und Eisenindustrie. Bis zu 60 Prozent des Budgets verschlinge das Militär, berichtet Ousmane. Und lässt kein gutes Haar am neuen Präsidenten Alpha Condé, der Ende des Vorjahres installiert wurde und das Militärregime fortsetze. „Ihm ist nicht das Wohlergehen des Landes wichtig, sondern die Wahrung seiner persönlichen Interessen“, echauffiert sich Ousmane. „Du lebst nur frei in Guinea, wenn du auf der Seite des Präsidenten bist.“

Demokratie sieht anders aus, das hat die internationale Gemeinschaft inzwischen auch erkannt. In dem westafrikanischen Staat herrscht Bürgerkrieg. Erst im November 2010 sprach Österreich eine offizielle Reisewarnung für das Land aus. Im Dezember hätte Ousmane Camara dennoch aus Österreich nach Guinea abgeschoben werden sollen. Verhindert hat das letztlich der Pilot der Brussels-Airlines-Maschine, die via Wien-Schwechat am Weg in die guineische Hauptstadt war.

Rettung in letzter Minute

„Ich hielt mich am Treppengeländer vor dem Einstieg fest und schrie. Ich hatte Angst. Ich habe das Recht, Widerstand zu leisten. Der Pilot war aus Belgien und sprach Französisch, daher konnte ich ihm meine Situation erklären. Er sagte, unter diesen Umständen könne er mich nicht mitnehmen. Leider weiß ich nicht, wie er hieß.“ Ousmane Camara ist dem Flugkapitän dankbar, dass er nicht den sicheren Tod in seinem Land gefunden hat. „Ich bin eine gesuchte Person in Guinea, von den Militärs und von meinen Ex-Schwiegereltern.“ Und er erzählt, wie er bei seiner ersten Flucht nach Österreich 2007 seine Ex-Frau ken-

nenlernte. Das war nach der Studenten-Revolution in der Hauptstadt. Dabei war er schwer verletzt und 25 Tage lang gefoltert worden.

Versuch einer Rückkehr

„Ich habe nicht geglaubt, dass ich überlebe“, so Ousmane Camara. Zwei Monate hatte er im Spital verbracht. Dann, zu Hause bei den Eltern, konnte er im Jänner 2007 der Verhaftung durch die Militärs knapp entkommen. „Du hast nur Zeit, deinen Kopf zu retten.“ Seine Eltern wurden verschleppt und getötet.

Mithilfe eines Onkels gelang Ousmane per Boot die Flucht nach Italien und von dort nach Österreich. Hier wurde sein Asylantrag abgelehnt. Mit seiner Frau ging er zurück, mit der neugeborenen Tochter Aïssatou lebten sie mit den Schwiegereltern unter einem Dach. Diese waren der Meinung, dass das Kind traditionsgemäß beschnitten werden müsse – dem widersprach Ousmane heftig, wie er heute erzählt.

Der Pilot der Brussels-Airlines-Maschine verhinderte die Abschiebung.

„In Guinea müssen die Kinder den Willen der Eltern befolgen, aber ich sagte, nicht mit meiner Tochter.“

Die Schwiegereltern drohten ihm, und der ehemalige Studentenaktivist ergriff erneut die Flucht. Seine Tochter brachte er bei Bekannten unter. Er selbst landete im Juni 2010 in London, wurde nach Wien überstellt und verbrachte vier Monate im Rossauer Gefängnis. Dort habe man ihn zwar nicht körperlich, aber moralisch gedemütigt. Zu Weihnachten kam er gegen Kautionsfrei-

© Nuri/Wagner-Strauss



Ousmane Camara: „Ich hielt mich am Treppengeländer fest und schrie. Ich hatte Angst. Ich habe das Recht, Widerstand zu leisten.“

Hoffnung auf Asyl

Ein Solidaritätskomitee formierte sich in einer beispiellosen Aktion rund um Linke, Gewerkschafts- und StudierendenvertreterInnen. Sie richteten ein Spendenkonto für Ousmane ein. Er kann so zum Beispiel einen Intensivkurs in Deutsch besuchen. Gerne würde er sein Diplom als Zivilingenieur abschließen. „Dann könnte ich in meinem Land wieder zu etwas beitragen.“ Mit seiner Heimat habe er keineswegs für immer gebrochen. Er denke sehr wohl an eine Rückkehr, „wenn ich dort in Sicherheit bin“. Vorerst hofft er, in Österreich Asyl zu erhalten. ■

Heike Hausensteiner

SPÜREN. WAHRNEHMEN.

AUF DIE PSYCHE ACHTEN.

Nervenzellen im Hirnstamm

**GESUND
DURCH
VORSORGE**

„Gesund durch Vorsorge“ – unser Motto 2011.

Als Ärztekammer für Wien fühlen wir uns dem Gedanken der umfassenden Gesundheitsvorsorge verpflichtet. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir aktuell dem Thema „Psychische Erkrankungen“. Ganz besonders wichtig angesichts der Tatsache, dass z. B. rund 500.000 ÖsterreicherInnen von „Burnout“ betroffen sind.

Wir wollen informieren und ein Bewusstsein dafür schaffen, welche Schritte bei ersten Anzeichen gesetzt werden können. Drucksorten, wie der Info-Folder „Psychische Erkrankungen“, sind für ganz Österreich in der Pressestelle der Wiener Ärztekammer kostenlos zu bestellen. Tel.: (01) 51501-1223 DW, E-Mail: pressestelle@aekwien.at, Fax: (01) 515 01-1289 DW.

Seien Sie dabei – helfen Sie mit, Vorsorge zu stärken!


ÄRZTEKAMMER
FÜR WIEN



Alle sind gleich... aber Männer sind gleicher!

*Einkommensunterschiede unter
die Lupe nehmen und beseitigen.*

Unselbstständig erwerbstätige Frauen verdienten im Jahr 2009 durchschnittlich um 39,6 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Am 1. März dieses Jahres trat eine Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes in Kraft und nun sind Unternehmen mit mehr als 150 ArbeitnehmerInnen verpflichtet, die Löhne und Gehälter ihrer ArbeitnehmerInnen innerbetrieblich im Rahmen eines Einkommensberichtes offenzulegen. Die nun gesetzlich verankerte Einkommenstransparenz ist eine große Chance für faire Einkommen und gleiche Bezahlung beider Geschlechter.

Diese Broschüre soll einen Überblick über die Ausgangssituation und die wesentlichen gesetzlichen Regelungen geben. Anhand von praktischen Beispielen wird aufgezeigt, welche Kriterien wichtig sind, um einen aussagekräftigen Einkommensbericht zu erhalten, zu analysieren und selbstverständlich am Ende auch geeignete Maßnahmen daraus abzuleiten. Damit endlich alle gleich werden auch in der Praxis!

Die Broschüre bestellen:
service@gpa-djp.at



Zitrone für Bio-Supermarkt

Als Sandra Fleischer, Angestellte im Bio-Supermarkt Maran, ihr zustehende Zuschläge für längere Arbeitszeiten einforderte, wurde sie von ihrem Arbeitgeber kurzerhand gekündigt. „So nicht“, ist Barbara Teiber, Regionalgeschäftsführerin der GPA-djp Wien, empört über das Vorgehen des Unternehmens. „Offensichtlich ist Frau Fleischer kein Einzelfall, Bio-Maran scheint Zuschläge systematisch nicht korrekt auszubezahlen.“

Wir überprüfen jetzt genau die Vorgänge im Unternehmen“, kündigt Teiber an. Betriebsrat gibt es dort übrigens auch keinen. Teiber: „Nachhaltigkeit sollte bei den eigenen Beschäftigten anfangen.“



© jokatoons, Fotolia.com

Finance: Bis zu 2,5 Prozent plus

14 Stunden lang dauerte die fünfte und letzte Gehaltsrunde für die 80.000 Angestellten im Finance-Bereich: Ab 1. April werden die Kollektivvertragsgehälter um 1,9 Prozent plus 9 Euro Fixbetrag angehoben. Das entspricht einer durchschnittlichen Erhöhung um 2,3 Prozent, und für die unteren Gehaltsgruppen um bis zu 2,5 Prozent. Im gesamten Finance-Bereich – dieser umfasst Banken und Nationalbank/Kreditkartengesellschaften, Sparkassen, Volks-, Hypobanken/Raiffeisen – gibt es somit kein Mindestgrundgehalt unter 1.400 Euro brutto mehr.



„Der Abschluss wurde nur durch die große Unterstützung der Beschäftigten und ihrer BetriebsrätInnen, verbunden mit der konkreten Einberufung von gewerkschaftlichen Maßnahmen in ganz Österreich möglich“, zeigt sich Chefverhandler und Bank-Austria-Betriebsratschef Wolfgang Heinzl zufrieden.

Weiters wird die Lehrlingsentschädigung um 2,58 Prozent und die Kinderzulage um 2,3 Prozent erhöht und der „Papamonat“ sowie Maßnahmen zur Gesundheitsförderung wurden im rahmenrechtlichen Teil verankert.



Foto: Nurih Wagner-Strauss

FunktionärInnen der Interessengemeinschaften bei der 10Jahresfeier im „ega“ in Wien.

work@interessengemeinschaft

Jubiläum. Die Interessengemeinschaften der GPA-djp feiern ihren 10. Geburtstag. Eine neue und andere Form der gewerkschaftlichen Vertretung, die Recht auch in Bereichen durchsetzt, in denen es davor kaum Chancen gab.

Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Technischer Fortschritt einerseits, eine steigende Anzahl von „atypischen Beschäftigungsverhältnissen“ andererseits haben in zahlreichen Unternehmen und in ganzen Wirtschaftszweigen die Arbeitsbeziehungen verändert.

Immer mehr Beschäftigte können nicht mehr die nötigen Sicherheiten einer „klassischen“ Anstellung genießen und verrichten ihre Arbeit auf Werkvertragsbasis oder als freie DienstnehmerInnen. Betroffen sind verschiedenste Berufszweige, etwa PflegerInnen, ErwachsenenbildnerInnen, AußendienstmitarbeiterInnen, Kreative oder Beschäftigte in der Informationstechnologie.

Plattformen für engagierte Menschen

Neue Arbeitsbeziehungen verlangen nach neuen Organisationsformen. Seit mittlerweile zehn Jahren will die GPA-djp diese Erwerbstätigen verstärkt ansprechen und gründete sieben Interessengemeinschaften (kurz „IG“, siehe Info-Kasten) als Plattformen für engagierte Menschen.

„Wir wollten als Gewerkschaft abseits der klassischen Strukturen für neue Mitglieder attraktiv sein“, erklärt Eva Scherz, Ansprechpartnerin für die Interessengemeinschaft work@social in der GPA-djp. Das Prinzip: Einfach dabei sein! Wer in einer IG aktiv mitarbeiten will,

muss nicht BetriebsrätIn sein, sondern kann einfach kandidieren und gewählt werden. „Die IGs haben nicht nur die GPA-djp, sondern auch die Beschäftigten verändert. Jene, die davor keinerlei Möglichkeit hatten, ohne ein Betriebsratsmandat aktiv mitzuarbeiten, bekamen mit den IGs die Möglichkeit dazu“, sagt Selma Schacht, Vorsitzende der work@social. Bisher sind über 20.000 Menschen in den IGs eingetragen, davon sind rund 12.500 auch Mitglieder der GPA-djp.

Erfolge

Die IGs sind Plattform, Lobby und Netzwerk und wirken aktiv an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit. Andrea Schober, Sekretärin

in der GPA-djp und verantwortlich für die Interessengemeinschaften work@flex und work@education: „Besonders stolz sind wir, dass wir bei der sozialen Besserstellung der freien DienstnehmerInnen in den letzten Jahren sehr viel erreichen konnten.“ Die „Freien“ fallen seit 2008 in die gesetzliche Arbeitslosen- und Pensionsversicherung, sind als (werdende) Mütter berechtigt, Wochengeld zu bekommen, und Krankengeld gibt es ab dem vierten Tag der Krankheit. Bei einer Firmenpleite sind sie auch berechtigt, Geld aus dem Insolvenzausgleichsfonds zu erhalten. Die Konsequenz: ArbeitnehmerInnen werden jetzt wieder häufiger angestellt, die Anzahl der freien Dienstverträge ist um 25 Prozent gesunken. „Die freien DienstnehmerInnen sind für die Arbeitgeber deutlich teurer geworden“, freut sich Andrea Schober.

Auch bei den ErwachsenenbildnerInnen (work@education) konnte ein großer Erfolg erreicht werden: Durch intensive gewerkschaftliche Intervention mussten die in der Branche oft üblichen freien Dienstverhältnisse in Anstellungen umgewandelt werden – und der Kollektivvertrag muss eingehalten werden. „Für die GPA-djp war es wichtig, den Organisationsgrad im Bereich der freien DienstnehmerInnen zu erhöhen und dem Aufweichen des ArbeitnehmerInnenbegriffes sowie dem Entstehen einer großen Gruppe von ArbeitnehmerInnen entgegenzuwirken“, erklärt Gudrun Konrad, Vorsitzende work@education.

In den Interessengemeinschaften sind auch viele Hochqualifizierte vertreten. So organisieren sich in der work@professional Fach- und Führungskräfte wie TeamleiterInnen oder MeisterInnen. Eva

Scherz: „Besonders Jüngere lassen sich durch All-in-Verträge blenden, sehen nur, dass sie einiges über den Kollektivvertrag hinaus verdienen. Erst später merken sie, dass sie um Zuschläge umfallen.“ Dass gute

Die IGs haben nicht nur die GPA-djp, sondern auch die Beschäftigten verändert.

Ausbildung nicht mit guter Bezahlung gleichzusetzen ist, zeigt sich an vielen Forschungseinrichtungen. Dort setzt sich die work@professional für faire Forschungsverträge ein.

Solidarität und Partizipation

Zehn Jahre IGs – eine Erfolgsgeschichte: „Die IGs sind die solidarische Stimme in der Gewerkschaft, sie bringen neue Aspekte in die Gewerkschaft!“, sagt Juliana Hartig von der work@migration. Denn das Lobbying für MigrantInnen hat auch eine eigene IG übernommen.

Clemens Miniberger, bis 2007 Vorsitzender der work@flex und IGler der ersten Stunde, ist 2003 zufällig auf die work@flex gestoßen: „Mich hat das offene und partizipative Konzept sofort überzeugt, Priorität haben inhaltliche Auseinandersetzung und Aktivismus. Jeder und jede kann sich einbringen. Mit den Interessengemeinschaften geht die GPA-djp als einzige Gewerkschaft auf die sich verändernde Arbeitswelt und die sich damit verändernde Bedürfnisse von Mitgliedern ein.“

Red.

7 Interessengemeinschaften

Derzeit gibt es sieben Interessengemeinschaften: In den Bereich der work@flex fallen ArbeitnehmerInnen, die als freie DienstnehmerInnen oder WerkvertragsnehmerInnen beschäftigt sind.

Die IG work@education ist für TrainerInnen in der Erwachsenenbildung zuständig. Im privaten Gesundheits- und Sozialbereich wirkt die work@social. Fach- und Führungskräfte sind in der work@professional organisiert, und ArbeitnehmerInnen, die überwiegend außerhalb des Betriebs arbeiten, haben sich in der work@external zusammengeschlossen.

MitarbeiterInnen der IT-Branche und neuer Medien finden sich in der work@it wieder und MigrantInnen in der work@migration.

An der Gründung einer weiteren Interessengemeinschaft wird derzeit gearbeitet.

www.gpa-djp.at/interesse

(V. l. n. r.) GPA-djp SekretärInnen Andrea Schober, Eva Scherz und Gerald Musger präsentieren die Torte zur 10-Jahresfeier.

Foto: Nuriith Woerner-Strauss





Kein Geld, keine Pflege?

Pflegenotstand. Der Gesundheits- und Pflegebereich benötigt dringend ein neues Finanzierungskonzept.

Die jüngsten Auseinandersetzungen rund um den Wiener Verein Sozial Global stellen einmal mehr unter Beweis, dass zur Absicherung hochwertiger Pflege- und Betreuungsleistungen ein langfristiges Finanzierungskonzept, etwa durch die von der GPA-djp schon lange geforderte Sozialmilliarde, dringend nötig ist.

Ohne neues Finanzierungskonzept droht in nächster Zeit ein sehr konfliktreiches Szenario.

In praktisch allen Bundesländern werden die Finanzierungsprobleme offensichtlich. „Wir werden aber keinesfalls akzeptieren, dass Finanzierungsprobleme, die nun immer offensichtlicher werden, in diesem Bereich zulasten der Beschäftigten gehen“, erklärt der stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp Karl Proyer. Das Wiener Unternehmen Sozial Global AG, einer der größten Anbieter von Pflege- und Betreuungsleistungen in Wien, hat Ende Februar 2011 insgesamt 385 langjährig Beschäf-

tigte beim AMS-Frühwarnsystem zur Kündigung angemeldet.

Druck hat gewirkt

Die 375 Frauen und zehn Männer, die großteils Teilzeit arbeiten, standen vor der Wahl, entweder massive Kürzungen ihres Einkommens hinzunehmen oder gekündigt zu werden. Durch den gemeinsamen Druck von Gewerkschaft, Betriebsrat und den Beschäftigten hat die Sozial Global AG die Meldung beim AMS zurückgenommen. Die Verhandlungen zwischen Betriebsrat, Gewerkschaft und Arbeitgeber führten schließlich zu einem Abgehen von den ursprünglichen Plänen.

„Es ist sehr erfreulich, dass der Verein von seinen ursprünglichen Vorhaben abgesehen hat“, sagt Karl Proyer. „Hätte dieses Beispiel Schule gemacht, stünden wir möglicherweise auch bei anderen Einrichtungen bald vor ähnlichen Problemen.“ Es ist völlig inakzeptabel, dass die von den Ländern unbewältigten Finanzprobleme gelöst werden, indem man

Beschäftigtengruppen, die ohnehin nicht zu den BestverdienerInnen gehören, die Löhne und Gehälter kürzt. „Auch im Hinblick auf mehr Einkommensgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern brauchen wir eine Absicherung von Löhnen und Gehältern, zum Beispiel durch eine korrekte Auszahlung des 25prozentigen Mehrarbeitszuschlages“, erklärt der stv. Bundesgeschäftsführer.

Konfliktreiches Szenario droht

Die politischen Verantwortungs-trägerInnen sind gefordert, rasch an einer langfristigen Absicherung der Pflege- und Betreuungsleistungen, z. B. durch die Einrichtung eines Pflegefonds, zu arbeiten, ohne die arbeits- und sozialrechtlichen Vereinbarungen im Gesundheits- und Pflegebereich unter Druck zu setzen. Andernfalls droht in diesem Bereich in nächster Zeit ein sehr konfliktreiches Szenario. Das sollten auch jene politischen Kräfte erkennen, die sich beharrlich dagegen sträuben, dass die Vermögenden einen Beitrag leisten.

Martin Panholzer



Datenschutz für Beschäftigte

Das Datenschutzgesetz regelt den Umgang mit personenbezogenen Daten.

Zahlreiche Angaben über unsere Person werden an unserem Arbeitsplatz verwendet, und auch im Arbeitsprozess erzeugen wir Daten, die Auskunft über unser Arbeitsverhalten geben – wie den Zutritt zu bestimmten Räumen, Telefongespräche, E-Mails oder angesurfte Internet-Seiten. Voraussetzung für die legale Verwendung dieser personenbezogenen Daten ist, dass sie für einen klaren und eindeutigen Zweck sparsam verwendet werden.

Den ArbeitnehmerInnen stehen auch bestimmte Rechte zu: Sie müssen Auskunft erhalten, wie und von wem ihre Daten verwendet werden; sie müssen Gelegenheit zur Richtigstellung haben und bei manchen Datenverwendungen müssen sie explizit zustimmen.

Diese Grundlagen sind im österreichischen Datenschutzgesetz (DSG) aus dem Jahr 2000 festgeschrieben. 2010 kamen einige Neuerungen hinzu.

Das DSG ist – obwohl nicht dezidiert für das Arbeitsverhältnis gedacht – ein Gesetz, das große Auswirkungen auf den Arbeitsalltag hat. Die Broschüre will einen bewussten Umgang mit personenbezogenen Daten fördern und mithelfen, dass die rechtlichen Bestimmungen aus dem DSG im Betrieb eingehalten werden.

Die Broschüre bestellen:
service@gpa-djp.at



Regionaljugendforen

Sowohl in der Steiermark als auch in Oberösterreich findet im April das Regionaljugendforum statt: Dabei werden die politischen Positionen beschlossen und ein neues Präsidium wird gewählt.

Oberösterreich: 16. April 2011, 15 Uhr, Arbeiterkammer Oberösterreich (Volksgartenstraße 40, 4020 Linz). Info unter 05 03 01-26114.

Steiermark: 29. April 2011, 17 Uhr, ÖGB-Haus Steiermark (Karl-Morre-Straße 32, 8020 Graz). Info unter 0676/817 114 261.

Teilnehmen können alle Lehrlinge, SchülerInnen, StudentInnen und junge ArbeitnehmerInnen, die Mitglied der GPA-djp sind.

Kurt-Vorhofer-Preis

Die Journalistengewerkschaft in der GPA-djp vergibt auch 2011 wieder den Kurt-Vorhofer-Preis für publizistische Leistungen im Bereich der politischen Berichterstattung in Printmedien.

Dieser nach dem aktiven Gewerkschaftsmitglied Professor Kurt Vorhofer benannte Preis soll als Anreiz dienen, die Qualität der politischen Berichterstattung in Österreich anzuheben. Das Preisgeld, zur Verfügung gestellt vom Verbund, beträgt 7.500 Euro. Über die Vergabe entscheidet eine von der Journalistengewerkschaft bestellte Jury.

Es können Arbeiten in jeder journalistischen Artikelform eingereicht werden, die sich mit Fragen der österreichischen Politik befassen und soziale Komponenten in ausreichendem Maß berücksichtigen. In den Arbeiten der PreisträgerInnen soll eine kritische Haltung gegenüber Machthabern aller Art zum Ausdruck kommen.

Beurteilt wird nicht das journalistische Lebenswerk, sondern besondere journalistische Leistungen im Jahr 2010 (beginnend mit Mai) bzw. 2011.

Bewerbungsfrist:
22. April 2011

Genauere Infos zur Bewerbung auf www.gpa-djp.at



Pensionen: Was ändert sich?

Neue Broschüre: Altersteilzeit, Langzeitversichertenregelung, Korridorpension – ein Leitfaden durch ein kompliziertes Regelwerk.

Die Änderungen im Pensionsystem während der letzten Jahre haben zu äußerst komplizierten Bestimmungen geführt, die für Laien oft schwer verständlich sind. Ende 2010 wurden vom Parlament wieder einige Neuerungen im Pensionsrecht beschlossen. David Mum, Leiter der Grundlagenabteilung in der GPA-djp, hat das neue Regelwerk analysiert: „Die Änderungen betreffen vor allem die Langzeitversichertenregelung – auch bekannt unter dem Namen ‚Hacklerregelung‘ – und die Altersteilzeit.“

Langzeitversichertenregelung

Die Langzeitversichertenregelung (Hacklerregelung) als begünstigte Form der Frühpension wäre ohne Gesetzesänderung nach 2013 ersatzlos entfallen. „Die GPA-djp hat sich dafür eingesetzt, diese Pensionsart zu reformieren statt sie abzuschaffen“, sagt Mum. Die Langzeitversichertenregelung bleibt bei um zwei Jahre erhöhtem Eintrittsalter im Dauerrecht erhalten. Somit gibt es neben der Korridorpension für Menschen mit besonders langen Versicherungszeiten weiterhin die Möglichkeit eines früheren Pensionsantritts. Leider erfolgt die Anhebung des Eintrittsalters um zwei

Jahre in einem einzigen Schritt. Für Frauen ergibt sich im Zuge der Angleichung des Frauenpensionsalters an jenes der Männer für manche Jahrgänge gar kein früherer Pensionsantritt.

Altersteilzeit

Bei der Altersteilzeit wird das Eintrittsalter bei 58 Jahren für Männer und vorläufig 53 Jahren bei Frauen eingefroren. „Aus unserer Sicht ist das ausdrücklich zu begrüßen“, betont Mum. Nach der alten Rechtslage wäre das Eintrittsalter angehoben worden. Konkret soll Altersteilzeit frühestens sieben Jahre vor dem Regelpensionsalter in Anspruch genommen werden können: Das bedeutet derzeit ab 53 Jahren bei Frauen und 58 Jahren bei Männern. Wenn ab den Jahrgängen 1963 das Regelpensionsalter der Frauen angehoben wird, bedeutet dies auch einen späteren Antritt der Altersteilzeit.

Die ursprünglich vorgesehene Begrenzung des Bezuges von Alters-

teilzeit mit maximal fünf Jahren kommt doch nicht. Mum: „Das ist insbesondere für Frauen eine Verbesserung. Diese können ab 53 Jahren bis zum Pensionsantritt – also auch sieben Jahre, wenn kein Anspruch auf Langzeitversichertenregelung besteht – in Altersteilzeit gehen.“



Broschüre

In der neuen Broschüre erklären David Mum und Isabel Koberwein sowohl allgemeine Begrifflichkeiten und Zugangsvoraussetzungen sowie auch die Bestimmungen zur Ermittlung der Pensionshöhe. Außerdem wird jede Pensionsart

– von der normalen Alterspension bis hin zur Waisenpension – hinsichtlich der konkreten Anspruchsvoraussetzungen und der Pensionshöhe erläutert. Die Broschüre gibt es online zum Download für eingetragte Mitglieder: www.gpa-djp.at/wirtschaftundsoziales oder gedruckt zum Bestellen per E-Mail an service@gpa-djp.at.

Red.

Rechtsinfo: Selbstkündigung

Jobwechsel. Bei einer Kündigung sind bestimmte Fristen und Regeln zu beachten.

Wer plant, den Arbeitsplatz zu wechseln und anderswo neu zu beginnen, muss vorher seinen alten Job kündigen. Bei einer solchen „Selbstkündigung“ – so der juristische Fachausdruck – eines unbefristeten Dienstverhältnisses sind bestimmte Regeln einzuhalten. Besonders zu beachten ist, welche Fristen und Termine vorgegeben sind, aber auch, ob eine bestimmte Form eingehalten werden muss.

Fristen

Kündigungsfristen bzw. Kündigungs-termine werden oft zu Beginn des Arbeitsverhältnisses im Dienstvertrag vereinbart und sind daher zu beachten.

„Wenn der Dienstvertrag keinen Passus zur Kündigung enthält, dann greifen die allgemeinen Regelungen“, weiß Barbara Zechmeister, Rechtsschutzsekretärin und stv. Regionalgeschäftsführerin in der GPA-djp Wien. Das Angestellten-Gesetz (AngG) sieht für die Kündigung durch den/die Angestellte/n eine Frist von einem Monat vor – wenn keine günstigere Frist vereinbart wurde. „Durch Vereinbarung kann diese Kündigungsfrist allerdings auch bis zu sechs Monate ausgedehnt werden“, erklärt Zechmeister. In diesem Fall darf die Frist für den Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin aber nicht kürzer sein als jene Frist, welche der Dienstgeber im Falle einer Kündigung einhalten müsste.

„Man sollte sich aber immer gut informieren, ob es sondergesetzli-

che oder kollektivvertragliche Kündigungsbestimmungen gibt, die vom üblichen Rahmen abweichen. Hier kann der Betriebsrat helfen. Wir hier in der GPA-djp beraten natürlich auch unsere Mitglieder“, sagt Zechmeister.

Als Kündigungstermin ist gesetzlich der Monatsletzte vorgesehen.

Form

Eine Kündigung kann im Normalfall formfrei geschehen, außer es wurde etwas anderes vereinbart. „Aus Beweisgründen sollte man jedoch immer die Schriftform wählen, also entweder durch eingeschriebenen Brief kündigen oder sich vom Dienstgeber die Übernahme des Kündigungsschreibens schriftlich bestätigen lassen“, empfiehlt Zechmeister.

Zu beachten ist auch, dass eine Selbstkündigung Rechtsfolgen auslösen kann, die aufgrund von Vertragsklauseln zum Tragen kommen, wie z. B. ein Ausbildungskostenrückersatz oder eine Konkurrenzklausel. „Eine Kündigung sollte daher vorher wirklich gut überlegt sein“, rät Zechmeister, denn: „Von sich aus zu kündigen kann auch im Zusammenhang mit sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen, AMS, Entgelt, Mitarbeitervorsorge-Beiträgen und Abfertigung Folgen nach sich ziehen!“

Bei Fragen wenden Sie sich telefonisch oder persönlich an ihre GPA-djp-Regionalgeschäftsstelle: 05 03 01-301. Die Öffnungszeiten der Beratungsstellen in Ihrem Bundesland finden sie auf www.gpa-djp.at in der Rubrik „Bundesländer“.

Red.





Foto: Marianne Greber

Evangelisches Gymnasium und Werkschulheim in Wien 11, Erdbergstraße 222A

Der lange Weg zu einer „neuen Schule“

Die Bildungsdiskussion soll zu einer „neuen Schule“ der 10–14 Jährigen führen. Die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (WVBV-GPA) entwickelt schon heute gemeinsam mit dem Evangelischen Schulwerk einen neuen Schulstandort in Wien 22.

Im Herbst 2006 wurde von der WVBV-GPA im Umfeld der Gasometer das Evangelische Gymnasium in Wien 11, Erdbergstr. 222A nicht nur in einer Rekordzeit von 18 Monaten errichtet, sondern auch fristgerecht samt Einrichtung übergeben.

Innovative Schule

Seit dieser Zeit schreibt das Evangelische Gymnasium eine Erfolgsgeschichte. Die Schule zählt zu den innovativsten Schulen in ganz Wien und bietet neben der Matura in einer 5-stufigen Oberstufe auch einen Lehrabschluss als TischlerIn, GoldschmiedIn oder EDV-Technike-

rn. Obwohl die Schule als konfessionelle Privatschule geführt wird, ergeben sich neben der „Matura mit Lehre“ viele inhaltliche Übereinstimmungen zwischen gewerkschaftlichen Vorstellungen in der Bildungspolitik und den bildungspolitischen Zielsetzungen der Evangelischen Kirche.

Sozialdiakonischer Schwerpunkt

Auf dem „Dach“ der Schule befinden sich drei Geschosse, in denen für drei Hausgemeinschaften der Evangelischen Diakonie mit jeweils 13 SeniorInnen eine betreute Wohnmöglichkeit geschaffen wurde.

Schule und Hausgemeinschaften sind durch ein gemeinsames Stiegenhaus verbunden. So kann Begegnung und Austausch stattfinden.

Schulbauaktivitäten 2010

Im Sommer 2010 war die Wohnbauvereinigung wieder im Schulbau gefordert. So musste wegen des großen Andranges die Pausenterrasse des Evangelischen Gymnasiums zu drei Schulklassen umgebaut und in Donaustadt ein temporärer Schulbetrieb für einen neuen Standort eingerichtet werden.

Neuer Standort Donaustadt

Das Evangelische Schulwerk hat sich entschieden, auch in den 22. Bezirk zu expandieren. Ein ehemaliges Betriebsgrundstück in unmittelbarer Nähe der U1-Station „Aderklaaer Straße“ konnte seitens der WBV-GPA als idealer Standort angeboten werden.

In Verhandlungen mit der Stadt Wien und der Republik Österreich wurde ein Stufenplan entwickelt, der einen Schulneubau eines Evangelischen Gymnasiums, das in der Unterstufe als „Neue Wiener Mittelschule“ geführt wird, zum Gegenstand hat.

Der lange Weg zu einer neuen Schule

In den kommenden vier Jahren soll die Schule aufgebaut und parallel dazu ein ArchitektInnenwettbewerb durchgeführt werden sowie die Errichtung der Schule erfolgen.

Anmeldungen für Herbst 2011 möglich

Der temporäre Schulbetrieb wurde bereits im Herbst 2010 mit einer 1. Klasse Unterstufe aufgenommen. In modernsten Container-Pavillions werden die 10-Jährigen exklusiv unterrichtet. Die 1-Klassen-Schule wird im kommenden Herbst weiter ausgebaut und soll zwei neue 1. Klassen und eine 5. Klasse erhalten. Anmeldungen dafür sind möglich. So soll es bis zum Ende des Schuljahres 2014 bereits Schüler für alle Schulstufen geben.

ArchitektInnenwettbewerb

Derzeit findet ein geladener Wettbewerb für den Neubau der Schule statt, der im Frühjahr 2011 unter der Leitung von Architekt Heinz Tesar juriert wird. Die fünf geladenen ArchitektInnenteams haben ein-

schlägige Erfahrungen im Schulbau. Unter der konzeptionellen Beratung von TU-Prof. DI Dr. Christian Kühn wurde eine Auslobung erarbeitet, die eine Schule „neuen Typs“ unter Anwendung neuester pädagogischer Erkenntnisse fordert. Die Ergebnisse werden schon gespannt erwartet.

Spatenstich für den Neubau 2012

Das Siegerprojekt soll umgesetzt werden und im Frühjahr 2012 in Bau gehen. Nach zweijähriger Bauzeit wäre mit einer Fertigstellung im Sommer 2014 zu rechnen, sodass der Schulbetrieb im Herbst 2014 im neuen Gebäude aufgenommen werden könnte.

Bis zu diesem Zeitpunkt wird der Unterricht in der freundlich gestalteten und den modernsten pädagogischen Anforderungen entsprechenden Containeranlage stattfinden. Die „Aussicht“ auf eine völlig „neue Schule neuen Typs“ beflügelt sowohl SchülerInnen als auch Lehrende. ■

Michael Gehbauer

FREIE WOHNUNGEN Bestehende Objekte

8761 Pöls, Andreas-Rein-Gasse 10–18/Burgogasse 12–16, 2-, 3+4-Zimmerwohnungen
1100 Wien, Kundratstraße 6, Büroflächen 240–460m²

Neubauprojekte

1010 Wien, Pernerstorfergasse 83, Passivhaus, 108 Wohnungen, Lokale

3002 Purkersdorf, 39 gef. Mietwohnungen mit Eigentumsoption (50–120 m²), 3 Lokale (Polizei, eine Bank und ein Vereinslokal)

Foto: Marianne Greber



Foto: WBV-GPA



Information und Anmeldung

Evangelisches Realgymnasium Donaustadt/
Wiener Mittelschule

Standort: Wien 22,
Maculangasse 2
(Ecke Wagramer Straße)

Erreichbarkeit: U1
(Aderklaaer Straße) sowie
25A (Puchgasse)

Kosten: Für den Schulbesuch
€ 225,-/Monat
(10 x jährlich)

Für das Nachmittagsangebot
(Hausübungsbetreuung,
Förderunterricht, Freizeitgestaltung) inkl. Mittagessen
€ 205,-/Monat
(10 x jährlich)

Informationen zu den
Zweigen des Evangelischen
Realgymnasiums Donaustadt
sowie zur pädagogischen
Ausrichtung und das Anmel-
dungsformular erhalten Sie
unter Internetadresse:
<http://schulen.diakonie.at/>

Kontakt: Maculangasse 2,
1220 Wien,
Tel. 01/255 73 59, E-Mail:
erg-donaustadt@diakonie.at



© Rainer Mirau/picturedesk.com

Frühlingsspaß

Sehenswürdigkeiten, Ausflugsziele und Freizeitmöglichkeiten:

Mit der GPA-djp CARD profitieren Sie auch in der Freizeit von Rabatten und vergünstigten Eintrittspreisen.

© Kletterpark Anif



Kletterpark Waldbad Anif

Kletter-Action-Badespaß: Das und noch viel mehr bietet Salzburgs größter und schönster Natur-Hochseilgarten. Neun Parcours in unterschiedlichen Höhen und Schwierigkeitsgraden mit über 120 Stationen bieten Freizeitvergnügen pur.

Für die ganz jungen Kids gibt es einen eigenen Kinderbereich, und wer es gerne etwas rasanter mag, der saust am Wochenende mit dem Speed-Flying-Fox, einer Seilrutsche, mit bis zu 60 km/h über den Naturbadeteich.

Bei Vorlage der CARD
€ 2,- Ermäßigung.
Geöffnet ab April.

Kletterpark Waldbad Anif
Waldbadstrasse, 5081 Anif
www.kletterpark-salzburg.at

© Sonia Gollenz



Abenteuerwelt Mautern

Die Abenteuerwelt Mautern vereint Spiel, Spaß und das Erlebnis einer einzigartigen Wildnis.

Auf Jung und Alt warten rasante Action auf 400 Höhenmetern und bezaubernde Einblicke in die abenteuerliche Tierwelt Europas, z. B. Wildtiere in ihrem Lebensraum hören und sehen. Es gibt immer etwas Spannendes zu erleben.

Ermäßigung mit Ihrer CARD:
10 % auf Normaleintrittskarten, ausg. Sommerrodel- und Rollerbahn
Geöffnet: 23.4. bis 26.10.2011

Abenteuerwelt Mautern
Wildpark Mautern GmbH
Alpsteig 1, 8774 Mautern
Alle Infos unter: www.abenteuerwelt-mautern.at

© Schloss Anras



Schloss Anras

Natur & Kultur an der Pustertaler Höhenstraße.

Schloss Anras ist eines der bedeutendsten Baudenkmäler Osttirols und ein Modell gelungener Denkmalpflege. Die permanenten und wechselnden Ausstellungen machen den Besuch zur Reise durch die Kulturgeschichte Tirols.

Die Sammlungen von Paul Flora, ein geschichtsbezogenes Gerichtsmuseum und Maleien und Fotografien von Land und Leuten zeichnen die permanente Ausstellung aus.

Ermäßigter Eintritt mit der CARD: € 3,- statt 5,-

Pfleggerichtshaus Schloss Anras, Dorf 45, 9912 Anras
www.schloss-anras.at

© Gästehaus Lang



Wandervergnügen im Mühlviertel

Ideale Wandermöglichkeiten und Ausflugsziele. Das Gästehaus Lang in Pfarrkirchen, in Südlage mit einmaligem Ausblick über das Donautal bis zur Nordalpenkette, der Panorama-Golfplatz GC Pfarrkirchen ist nur 2 Min. von der Pension entfernt.

Für GPA-djp-Mitglieder:

- 5 % Ermäßigung auf die Zimmerpreise, ab 7 Nächten 10 %
- 5 % Ermäßigung auf die Ferienwohnung
- Zimmer mit Frühstücksbuffet ab € 23,-/Tag u. Pers.
- Ferienwohnung ab € 37,-/Tag

Gästehaus Lang
4141 Pfarrkirchen, Mühlviertel 56
Tel. 07285/64 70
www.oberoesterreich.at/pension.lang

© Die Garten Tulln



DIE GARTEN TULLN

Am 16. April 2011 öffnet DIE GARTEN TULLN wieder ihre Tore für eine neue Saison. Die Vorbereitungsarbeiten dafür laufen auf Hochtouren. Unter anderem errichten die GärtnerInnen einen Forschergarten, in dem Familien, Kinder und Schulklassen forschen, entdecken und experimentieren können. Jeden Sonntag, von 15 bis 18 Uhr, heißt's dann „Aktiv im Forschergarten“. Dabei können Familien speziell entwickelte Programme kostenlos in Anspruch nehmen.

Ermäßigter Eintritt mit der CARD: € 9,50 statt 11,-

Geöffnet: 16.4.–9.10.2011
täglich 9–18 Uhr

Am Wasserpark 1, 3430 Tulln
www.diegartentulln.at

© Georg Mantler



Donauschifffahrten

Kommen Sie an Bord und erleben Sie die fantastische Donaulandschaft bei gemütlichen Ausflugsfahrten in Wien und in der Wachau sowie unvergessliche abendliche Themenschifffahrten.

Ermäßigungen mit Ihrer CARD:

- 20 % für Linienschifffahrten in Wien, der Wachau und Wien-Dürnstein
- 10 % für Themenschifffahrten in Wien und der Wachau

(Ermäßigungen für Erwachsene, ausgenommen: Kombitickets, Sonnwendfahrten, Silvestergala, Sonderfahrten)

Reservierung per E-Mail:
info@ddsg-blue-danube.at
oder Telefon 01/588 80
www.ddsg-blue-danube.at

Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card. Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr. 05 03 01-301, E-Mail: service@gpa-djp.at



Bildagentur Waldhäusl/PantherMedia/Christian Beckers



Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen!

Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel

Einsendeschluss: 5. April 2011. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© Thomas Canet

2. bis 13. April 2011

Mare Nostrum – Festival mediterraner Musik

Porgy & Bess, 1010 Wien

Das neue Festival wird von der türkischen Folk-Sängerin ZARA eröffnet, Abschluss und zugleich ein Höhepunkt ist Flamenco-Fusion am 13.4.2011.

www.marenostrum-fest.at

Karten: 10 % CARD-Ermäßigung, Tel. 01/512 88 11
tägl. ab 15 Uhr



© Reinhard Novak

4. April 2011

Billisich & Band – „Lasterlieder“

Schutzhaus Zukunft, 1150 Wien

Eva Billisich, die Chorleiterin aus dem Kultfilm „Muttertag“, präsentiert mit Christian Clementa & Martin Bachhofner „Lasterlieder“ – live on stage und nun auch brandneu auf CD.

www.schutzhaus-zukunft.at



© Roland Schier

6.–30. April 2011

Die letzte Jungfrau

TU WIEN/Treitlsaal

„Modernes Theater Wien“ eröffnet seine erste Spielzeit mit der österr. Erstaufführung des Skandalstücks von Tenenbom, einer „Komödie der Irrungen“ im Nahen Osten.

Karten: 10 % CARD-Ermäßigung, Tel. 01/504 86 81



© Andi Kurz

14. April bis 4. Mai 2011

Eine kleine Topographie des Ungewissen

Figurentheater Lilarum, 1030 Wien

„Das Unterösterreich“ zeigt varietéartige Programme, die mit absurd-grotesken Szenen, Liedern, Metamorphosen, Gedichten, Kunststücken, Gesängen etc. in die ungewisse Welt des Unterösterreich führen. www.lilarum.at
Karten: 10 % CARD-Ermäßigung, Tel. 0676/350 73 26



© EMS Exhibits

Bis 8. Mai 2011

Die Biiliene

EMS Depot, 1030 Wien
Göllnergasse 15

Auf über 500m² dreht sich bei dieser spannenden und interaktiven Erlebnis-Ausstellung jedes Wochenende alles um die gestreiften Freunde und ihre Bedeutung für Mensch, Natur und Umwelt.

Bei Vorweis der CARD:
10 % Ermäßigung auf den Eintritt



© Schloss-Spiele Kobersdorf

5. Juli bis 31. Juli 2011

„Der eingebildete Kranke“ von Molière

40 Jahre Schloss-Spiele Kobersdorf

Im Verwirrspiel um Liebe und Wehwehchen darf man sich auf quirlige Unterhaltung in hervorragend-komödiantischer Besetzung mit Wolfgang Böck u.a. freuen. www.kobersdorf.at
Karten: 02682/66211
Im Vorverkauf für Do und So
10 % CARD-Ermäßigung

**Dominika Meindl,
Klaus Buttinger: Die Sau.
Ein voll arger Heimatroman.**

Kehrwasser Verlag, € 19,95



Der satirische Heimatroman erzählt die letzten Monate der dramatischen Geschichte der Saubauernfamilie Faustinger aus den 1960er-Jahren in einem ungenannten Ort in Österreich.

Erzähler ist Hiob, der 12-jährige Sohn und Tagebuchverfasser der sich in Zerrüttung befindlichen Familienstruktur. Als Kristallisationsfaden wirkt eine Sau namens Klara, die mehrmals in das Schicksal der Hofbewohner tief eingreift. Eine Landsatire mit Schärfe und Tiefsinn.

**Susanne Scholl:
Allein zu Hause.**

Ecowin Verlag. € 21,90



Sie fliehen vor Mord und Todschlag, Folter und Sklaverei, Blutrache und Zwangsehe. In Österreich aber werden sie mit Misstrauen empfangen, mit der Unterstellung, sich etwas aneignen zu wollen, was ihnen gar nicht zusteht. Ihre Anträge auf Asyl werden oft viele Jahre lang nicht bearbeitet. Ihre Kinder wachsen als ÖsterreicherInnen auf und sollen dann trotzdem eines Tages plötzlich das Land verlassen, weil sie angeblich eine Gefahr für Österreich sind. Sie heißen Tahira, Nabim oder Leila und kommen aus Aserbajdschan, Nepal, Afghanistan oder Nigeria. Gemeinsam ist ihnen, dass sie auf der Flucht sind und Hilfe brauchen.

Susanne Scholl hat in Rom Slavistik studiert, zunächst in der Auslandsredaktion der Austria Presse Agentur und ab 1985 in der Osteuropa-Redaktion des

ORF gearbeitet. Sie hat als ORF-Korrespondentin einen guten Teil ihres Lebens außerhalb Österreichs verbracht.

Vor einem Jahr kam sie zurück in ein Land, das sich ihr gegenüber sehr freundlich zeigte und sich doch als unverständlich kalt gegenüber Menschen in Not präsentierte. Davon handelt dieses Buch und von den Lebensgeschichten der Menschen, die in Österreich Zuflucht suchen und so oft dafür bestraft werden.

**Kadim Ülker, Thomas Kallab:
Arbeitsrecht in Frage und
Antwort** (türkische Ausgabe).

Soru ve Cevaplarla.
Avusturya ls Hukuku Kilavuzu.
ÖGB Verlag 2010.
€ 19,80



Das Buch soll Türkisch sprechenden ArbeitnehmerInnen erleichtern, arbeitsrechtliche Bestimmungen in Gesetzen, Kollektivverträgen und Einzelarbeitsverträgen besser zu verstehen.

Erratum

Das Buch „Hurra, wir wollen zahlen“ von Ulrike Herrmann, das wir in der Ausgabe 01/2011 vorgestellt haben kostet nicht wie irrtümlich angeführt € 9,99 sondern € 17,50 – wir entschuldigen uns für den Fehler!

Die vorgestellten Bücher sind über den Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: 01/405 49 98-132, Fax: 01/405 49 98-136, oder per E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at erhältlich.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1.

Unternehmensgegenstand: Herstellung und Verbreitung literarischer Werke aller Art, Datenverarbeitung für Dritte, Handelsgewerbe und Handelsagenden, Werbung und Marktkommunikation.

Geschäftsführung: Mag. Gerhard Bröthaler, DI Gerald Wödl

Einziger Gesellschafter: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Österreichische Gewerkschaftliche Solidarität Privatstiftung

Sitz: Wien

Betriebsgegenstand: Herstellung und Verbreitung sowie der Verlag literarischer Werke aller Art, insbesondere von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, Kunstblättern, Lehrmitteln und Buchkalendern; die Erbringung von Dienstleistungen in der Informationstechnik, der Handel mit dem Betriebsgegenstand dienenden Waren sowie das Ausüben der Tätigkeiten einer Werbeagentur.

Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die in den Statuten und der Geschäftsordnung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (Fassung gemäß Beschluss durch den 17. Bundeskongress des ÖGB) festgehalten sind.

Exklusiv für alle GPA-djp Mitglieder. T-Mobile Member.



Ihre exklusiven Member-Vorteile:

- -20% Member-Bonus auf T-Mobile Tarife
- Keine Aktivierungsgebühr in Höhe von € 59,90
- Jedes Mitglied kann auf seinen Namen bis zu 4 Anmeldungen durchführen
Dadurch profitieren auch Familie und Freunde vom Member-Angebot

Aktuelle Angebots-Informationen erhalten Sie unter www.gpa-djp.at/card

Gewinnen Sie als GPA-djp Mitglied eines von 3 brandneuen Samsung Galaxy Mini

Senden Sie eine Postkarte an: Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1
oder online unter www.gpa-djp.at/gewinnspiele. Einsendeschluss ist der 05. April 2011.

Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. -20% Member Bonus: Gültig auf aktuelle Vertragstarife mit 24 Monaten Mindestvertragsdauer.
Weitere Informationen: www.t-mobile.at/member

Gemeinsam mehr erleben.

..... T-Mobile